



## Analyse des Budgetdienstes

*(gekürzt zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen)*

## Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrolling zum 30. September 2014 (49/BA)

### Zusammenfassung

- Der vierte Bericht über die Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrollings zum Stichtag 30. September 2014 umfasst nunmehr 104 Unternehmen an denen der Bund direkt oder indirekt mehrheitlich beteiligt ist. Gegenüber dem Vorbericht wurde die Bundesaltlastensanierungsgesellschaft (BALSA) neu in den Bericht aufgenommen.
- Eine ziffernmäßige Überprüfung einzelner Untergliederungen durch den Budgetdienst ergab, dass bei den Vorjahreswerten die Untergliederungssummen in der jeweils vorangestellten Untergliederungstabelle teilweise nicht der Summe der Werte der nachfolgenden einzelnen Unternehmen der Untergliederung entsprechen. Abweichungen der Jahreswerte in den Untergliederungskennzahlen können bei beträchtlichen Unterschieden daher nicht schlüssig erläutert werden, weil diese Abweichungen auf Einzelunternehmensebene keine Entsprechung haben. Insofern sind die Ergebnisse der Analyse mit Vorbehalt auf die Datenqualität zu interpretieren.
- Die Anzahl der Beschäftigten (VBÄ) der im Bericht dargestellten Unternehmen ist in den ersten drei Quartalen 2014 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2013 um 1.029 auf 102.793 VBÄs angestiegen, bleibt gemäß der Jahresvorschau aber um rd. 601 VBÄ hinter dem Plan von 103.573 VBÄ zurück. In Absolutwerten am stärksten wuchs die Beschäftigung in der Untergliederung (UG) 31-Wissenschaft und Forschung (insbesondere Universitäten) mit 658 VBÄ (1,9 %) sowie beim Arbeitsmarktservice (AMS) mit 175 VBÄ (3,6 %). Mit 50 % bzw. 121 VBÄ verzeichnete die Justizbetreuungsagentur den größten prozentuellen Zuwachs.



- Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahrs drehte das EGT von -123,8 Mio. EUR mit 857,9 Mio. EUR ins Plus. Für das Gesamtjahr wird nach dem negativen Ergebnis des Vorjahres eine Verbesserung von rd. 3 Mrd. EUR auf 1,3 Mrd. EUR erwartet. Die aggregierten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse und Kennzahlen der Unternehmen werden maßgeblich von den Entwicklungen der Unternehmen in der UG 46-Finanzmarktstabilität und dabei insbesondere von den Ergebnissen der Hypo-Alpe-Adria AG beeinflusst, bei der mit rd. 1,7 Mrd. EUR auch der höchste Risikowert ausgewiesen wird. Bei der Hypo-Alpe-Adria AG war das Vorjahr von hohen Beteiligungsabschreibungen (1,8 Mrd. EUR) und Wertberichtigungen (850 Mio. EUR) gekennzeichnet. Für 2014 war mit -198 Mio. EUR ein deutlich niedrigeres negatives EGT geplant, es wurden jedoch bereits bis Ende des 3. Quartals zusätzliche Beteiligungsabschreibungen des SEE-Netzwerks und der Hypo-Italien erforderlich. Das Jahresendergebnis könnte damit aufgrund von Sonderabschreibungen deutlich abweichen.
- Bei den Umsatzerlösen wird für das Gesamtjahr ein Anstieg um rd. 474,4 Mio. EUR oder 3 % auf rd. 16,4 Mrd. EUR erwartet. Rund 55 % der Umsätze entfallen auf die UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie (voraussichtlicher Umsatzanstieg gegenüber dem Vorjahr bei der ÖBB 1,9 % und bei der ASFINAG 8,0 %).
- Die Auszahlungen des Bundes für sämtliche Beteiligungen werden 2014 rd. 11,7 Mrd. EUR (11,8 % der gesamten Auszahlungen des Bundes), die Einzahlungen rd. 1,9 Mrd. EUR (rd. 1,8 % der Gesamteinzahlungen) betragen. Der geplante Rückgang der Auszahlungen um rd. 20 % gegenüber dem Vorjahr betrifft insbesondere die UG 46-Finanzmarktstabilität mit 2,5 Mrd. EUR und die UG 31-Wissenschaft und Forschung mit rd. 463 Mio. EUR.
- Die Haftungsentwicklung ist plangemäß rückläufig, die Haftungen des Bundes sollen demnach im Jahresvergleich 2014 um 1,3 Mrd. EUR auf 33,5 Mrd. EUR sinken. Dies ist insbesondere auf die Reduktion von Haftungen in der UG 46-Finanzmarktstabilität um 1,2 Mrd. EUR auf 4,2 Mrd. EUR zurückzuführen (Rückzahlung von staatsgarantierten Anleihen der KA Finanz AG). Die betragsmäßig bedeutendsten Haftungen der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie für ÖBB und ASFINAG sollen im Jahr 2014 geringfügig um 71 Mio. EUR (0,6 %) auf 28,4 Mrd. EUR sinken (ÖBB +422,8 Mio. EUR, ASFINAG -493,8 Mio. EUR).



- Die Aussagekraft des Bericht wurde 2014 durch die Ausweitung auf Einzelunternehmen und die inhaltliche Erläuterung der diesbezüglichen Kennzahlen deutlich erhöht. Verbesserungsbedarf besteht noch beim Erhebungssystem und der Datenqualität (insbesondere Abstimmung der Vorjahreswerte und Erläuterung allfälliger Abweichungen bzw. Korrekturen durch die Eigentümerressorts). Unterschiede bestehen auch noch in der Qualität der Erläuterungen zu den einzelnen Unternehmen. Die Angaben zu den aufgrund des Beteiligungs- und Finanzcontrollings getroffenen Maßnahmen und zu den Risiken für den Bundeshaushalt sollten erweitert werden.

## Wesentliche Ergebnisse

### Hinweise zu den Berichtskennzahlen

Eine ziffernmäßige Überprüfung einzelner Untergliederungen (z.B. UG 14-Militärische Angelegenheiten und Sport, 31-Wissenschaft und Forschung und 40-Wirtschaft) durch den Budgetdienst ergab, dass bei den Vorjahreswerten die Untergliederungssummen in der jeweils vorangestellten Untergliederungstabelle teilweise nicht der Summe der Werte der nachfolgenden einzelnen Unternehmen der Untergliederung entsprechen. Abweichungen der Jahreswerte in den Untergliederungskennzahlen können bei beträchtlichen Unterschieden daher nicht schlüssig erläutert werden, weil diese Abweichungen auf Einzelunternehmensebene keine Entsprechung haben. Insofern sind die Ergebnisse der Analyse mit Vorbehalt auf die Datenqualität zu interpretieren.

Das BMF bestätigte auf Rückfrage die Differenzen und teilte mit, dass unterschiedliche Datenquellen zum Einsatz kommen. Die Vorjahreswerte in den Untergliederungstabellen werden dem Vorjahresbericht entnommen, auf Einzelunternehmensebene melden die Unternehmen Quartalsdaten und nehmen Änderungen der Vorjahreswerte vor. Aus Sicht des Budgetdienstes wäre vom BMF eine Kontrolle, Abstimmung und Korrektur der Tabellen vorzunehmen.

Der Bericht über die Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrollings umfasst nunmehr 104 Unternehmen, gegenüber dem Vorbericht wurde mit der Bundesaltlastensanierungsgesellschaft (BALSA) ein weiteres Unternehmen aufgenommen.



## Ergebnisse des Beteiligungscontrollings

### Personalkennzahlen

Der kumulierte Personalstand lag zum Stichtag 30. September 2014 bei 102.793 VBÄ und damit um 1.029 Beschäftigte höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahrs (+1 %). Die Vorschau für das Gesamtjahr 2014 geht von einem Beschäftigtenstand von 102.972 aus, das sind um rd. 601 Beschäftigte weniger als geplant. In absoluten Zahlen wuchs die Beschäftigung in der UG 31-Wissenschaft und Forschung mit einem Plus von 658 VBÄ (1,9 %) am stärksten, die Zuwächse verteilten sich auf alle 27 Einheiten der Untergliederung (vor allem Universitäten). Den prozentuell höchsten Zuwachs verzeichnete die Justizbetreuungsagentur (bedingt insbesondere durch den Vollausbau der Familiengerichtshilfe) mit einem Plus von 50 % auf nunmehr 363 VBÄ gegenüber 242 VBÄ im Vorjahr. Auch bei den anderen Unternehmenskennzahlen (Eigenmittel, Umsatzerlöse) ist die Justizbetreuungsagentur durch diesen Ausbau auffällig. Der Rechnungshof äußerte sich in seinem kürzlich erschienenen Bericht zur Justizbetreuungsagentur (Reihe Bund 2014/7) kritisch zur Verlagerung von Personalaufwendungen in den Sachaufwand im Bundesbudget, weil dadurch der Personalplan des Bundes seine Steuerungsfunktion verliert.

Der Personalaufwand für die ersten drei Quartale ist im Vergleichszeitraum um 128,4 Mio. EUR auf rd. 5 Mrd. EUR gestiegen, was einem Zuwachs von 2,7 % entspricht. Für das Gesamtjahr 2014 soll der Personalaufwand mit 6,7 Mrd. EUR um 1,0 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres zunehmen. Auch hier verzeichnete die Justizbetreuungsagentur den höchsten prozentuellen Zuwachs (+52,3 %). Ein deutlicher Anstieg wird auch beim Arbeitsmarktservice (AMS) erwartet, wo die Beschäftigten aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit planmäßig um 3,6 % (+175 VBÄ), der Personalaufwand jedoch um 8,7 % ansteigen soll. In der UG 45-Bundesvermögen weicht bei der Österreichischen Nationalbank (OeNB) der geplante Personalaufwand um 98,1 % oder 100 Mio. EUR vom Vorjahreswert ab. In den diesbezüglichen Erläuterungen wird ausgeführt, dass diese Werte nicht sinnvoll verglichen werden können, weil die Pensionszahlungen der OeNB nicht budgetiert sondern – sofern möglich – aus dem Ertrag der Pensionsreserve getragen werden.



Der Personalaufwand je MitarbeiterIn verzeichnete in den ersten drei Quartalen 2014 einen Zuwachs von 1,6 % und beträgt nunmehr 48.300 EUR. Projiziert auf das Gesamtjahr 2014 soll der Aufwand je Beschäftigten im Vorjahresvergleich allerdings gleich bleiben. Auffällig ist mit 11,4 % der Anstieg im Bereich der UG 14-Militärische Angelegenheiten und Sport, wobei hier offensichtlich das aufgezeigte Problem des abweichenden Vorjahreswerts besteht, weil der Anstieg bei den einzelnen Unternehmen nicht nachvollziehbar ist.

### **Eigenmittel**

Die Eigenmittel der vom Bericht umfassten Unternehmen stiegen im Vergleichszeitraum um 6,2 Mrd. EUR bzw. 54,1 % und betragen in den ersten drei Quartalen 17,6 Mrd. EUR. Der markante Zuwachs ergibt sich aus der Umstellung des Konzernrechnungswesens der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG), das von IFRS at cost auf IFRS Fair value umgestellt wurde, so dass für die ersten drei Quartale 2013 keine adäquaten Vergleichszahlen zur Verfügung stehen. Für das Gesamtjahr betragen die Eigenmittel gemäß Vorschau 16,8 Mrd. EUR und liegen damit um rd. 343 Mio. EUR hinter dem Plansoll von 17,2 Mrd. EUR und um 7,5 % oder 1,2 Mrd. EUR über den Werten des Jahres 2013. Dies ist in erster Linie auf die im Vergleich zum Vorjahr höheren Eigenmittel der Hypo-Alpe-Adria AG (487 Mio. EUR) und die ASFINAG (rd. 308 Mio. EUR) zurück zu führen. Im April 2014 führte der Bund bei der Hypo-Alpe-Adria AG eine Kapitalerhöhung iHv 750 Mio. EUR durch.

### **Umsatzerlöse**

Im Berichtszeitraum (bis September 2014) stiegen die Umsatzerlöse um 3,6 % auf rd. 12 Mrd. EUR. Damit liegt der Anstieg der Umsatzerlöse in etwa in dem Bereich, der für das Gesamtjahr 2014 erwartet wird (Zuwachs von 3,0 %). Auf Jahresbasis liefert die UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie mit rd. 9 Mrd. EUR den größten Beitrag (rd. 55 %) zu den Umsatzerlösen und soll auf Jahresbasis einen Anstieg von 3,5 % aufweisen (voraussichtlicher Umsatzanstieg bei der ÖBB 1,9 % und bei der ASFINAG 8,0 %).

### **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) und Cash Flow**

Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahrs drehte das EGT von -123,8 Mio. EUR mit 857,9 Mio. EUR ins Plus. Für das Gesamtjahr wird nach dem negativen Ergebnis des Vorjahres eine Verbesserung von rd. 3 Mrd. EUR auf 1,3 Mrd. EUR erwartet. Der Zuwachs beim EGT ist nahezu zur Gänze auf die UG 46-Finanzmarktstabilität zurückzuführen, wo sich das geplante negative EGT laut Vorausschau im Vergleich zum Vorjahr um rd. 3 Mrd. EUR auf -247,8 Mio. EUR verringern wird. Das negative EGT ist beinahe vollständig der



Hypo-Alpe-Adria AG zuzuschreiben und war 2013 von hohen Beteiligungsabschreibungen (1,8 Mrd. EUR) und Wertberichtigungen (850 Mio. EUR) geprägt. Laut Bericht kam es bis 30.09.2014 zu nicht geplanten Beteiligungsabschreibungen iHv 441 Mio. EUR für das SEE-Netzwerk und 85 Mio. EUR für die Hypo-Italien, diese Sonderabschreibungen und auch die Auswirkungen des Hypo-Alpe-Adria Sanierungsgesetzes (HaaSanG) seien jedoch in der Vorscheurechnung nicht enthalten.

Der Cash Flow lag zum 30. September 2014 um 773 Mio. EUR über dem Ergebnis des Stichtages 2013 und lag bei 1,99 Mrd. EUR (+63,4 %). Das Gesamtergebnis für das Jahr 2014, das gemäß den Planrechnungen bei 2,4 Mrd. EUR liegen sollte, wird voraussichtlich nicht erreicht werden und soll gemäß der Vorschau bei 1,63 Mrd. EUR liegen. Dazu ist jedoch anzumerken, dass in der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie die Österreichischen Bundesbahnen-Holding AG keine Vorschaudaten geliefert hat.

### **Risikowert**

Der berichtete Risikowert zum Berichtszeitpunkt setzt sich dabei aus Ereignisrisiken und Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten zusammen und ist das Produkt aus dem Risikopotenzial und der Eintrittswahrscheinlichkeit oder das mittels einer besonderen Methode (insbesondere der Kreditinstitute) ermittelte Risiko. Bereits schlagend gewordene Risiken sind bereits in den Daten des Beteiligungs- und Finanzcontrolling berücksichtigt und daher im Risikowert nicht mehr enthalten.

Der Risikowert sämtlicher von diesem Bericht umfassten Unternehmen belief sich zum Stichtag 30. September 2014 auf 518 Mio. EUR aus Finanzinstrumenten und 2,4 Mrd. EUR aus Ereignisrisiken. Der mit Abstand höchsten Anteil an den Risiken wird im Bereich der UG 46-Finanzmarktstabilität mit rd. 2 Mrd. EUR ausgewiesen, davon rd. 1,7 Mrd. EUR bei der Hypo-Alpe-Adria AG. Nähere Erläuterungen zur Ermittlung dieses Wertes fehlen.

### **Outsourcing von Personalkosten in den Sachaufwand**

Die berichtspflichtigen Unternehmen wurden vom BMF um Mitteilung ersucht, inwieweit aufgrund von Outsourcing Personalkosten im Sachaufwand enthalten sind. Dazu finden sich im Beteiligungscontrolling nur bei zwei Unternehmen (Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH und Umweltbundesamt GmbH) Angaben mit einem Gesamtbetrag von rd. 330.000 EUR.



## **Ergebnisse des Finanzcontrollings**

### **Auszahlungen und Einzahlungen des Bundes**

Die Auszahlungen des Bundes für sämtliche Unternehmen werden laut Vorschau im Jahr 2014 rd. 11,68 Mrd. EUR betragen, was einem Anteil von rd. 11,8 % der gesamten Auszahlungen des Bundes entspricht. Im Jahr 2013 lagen die Auszahlungen mit rd. 14,5 Mrd. EUR noch um rd. 2,8 Mrd. EUR höher, was hauptsächlich auf die im Vorjahr hohen Leistungen an die Hypo-Alpe-Adria AG (1,75 Mrd. EUR) und die KA Finanz AG (391 Mio. EUR) bzw. die Kommunalkredit AG (1,14 Mrd. EUR) zurückzuführen ist. Auch die Auszahlungen in der UG 31-Wissenschaft und Forschung sollen im Vorjahresvergleich um rd. 463 Mio. EUR zurückgehen, eine Erklärung aus der Entwicklung der einzelnen Unternehmen kann dazu nicht gegeben werden.

Im Vergleich zum Planwert für 2014 iHv 11,5 Mrd. EUR sind die Auszahlungen gemäß der Vorschau bereits um 206 Mio. EUR gestiegen, wobei 350 Mio. EUR auf die Kapitalerhöhung bei der Hypo-Alpe-Adria AG zurückzuführen sind. Insgesamt waren 2014 laut Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht für die Hypo-Alpe-Adria AG Auszahlungen des Bundes iHv 400 Mio. EUR geplant, im April 2014 erfolgte jedoch bereits eine Kapitalerhöhung iHv 750 Mio. EUR. Für die KA Finanz AG und die Kommunalkredit AG sind 2014 keine Unterstützungsmaßnahmen des Bundes vorgesehen. Die Auszahlungen an die Bundesrechenzentrum GmbH sollen im Vergleich zum Plan um rd. 34 Mio. EUR auf 202 Mio. EUR reduziert werden.

Die Einzahlungen in das Bundesbudget sanken im Vorjahresvergleich zum Stichtag 30. September 2014 um 141,3 Mio. EUR auf rd. 1,3 Mrd. EUR. Diese Entwicklung lässt sich hauptsächlich auf die zu einem späteren Zeitpunkt abzuführende Dividende der ASFINAG und gesunkene Haftungsentgelte bei der KA Finanz aufgrund der plangemäßen Tilgung der letzten IBSG-Anleihe iHv 1,2 Mrd. EUR zurückführen. Die bisherigen Einzahlungen haben einen Anteil von 1,8 % der Gesamteinzahlungen des Bundes. Für das Gesamtjahr 2014 wird mit einer Steigerung um 206 Mio. EUR gerechnet. Die Einzahlung werden damit voraussichtlich 1,86 Mrd. EUR betragen.

### **Haftungen**

Die Haftungen des Bundes für die berichtspflichtigen Unternehmen entwickelten sich entsprechen den Planwerten für das Jahr 2014 und liegen bei 33,5 Mrd. EUR. Zum Stichtag 30. September 2014 lagen sie bei 33,3 Mrd. EUR, das bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Wert 2013 um 2,76 Mrd. EUR (-7,6 %). Dieser Rückgang ist auf den Haftungsrückgang



bei der UG 46-Finanzmarktstabilität zurückzuführen, weil die KA Finanz AG Anleihen von 1,2 Mrd. EUR, die im Rahmen IBSG-Programms begeben wurden und für die der Bund gehaftet hat, im Jahr 2014 planmäßig getilgt hat. Die Haftungen für die ÖBB werden laut Vorschau im Gesamtjahr um rd. 422,8 Mio. EUR auf 17,1 Mrd. EUR steigen, jene für die ASFINAG um rd. 493,8 Mio. EUR auf 11,1 Mrd. EUR sinken.

Für die Hypo-Alpe-Adria AG sind im aktuellen Bericht nur die Haftungen gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz, eine Garantie für die Emission einer Nachranganleihe iHv 1 Mrd. EUR und Haftungen für Forderungen notleidender Bankkredite iHv 200 Mio. EUR ausgewiesen.

### **Verbesserungsbedarf und Erhöhung der Aussagekraft des Berichts**

Deutlicher Verbesserungsbedarf besteht noch beim Erhebungssystem und der Datenqualität (siehe oben). Insbesondere die Abstimmung der Untergliederungstabellen mit den dazugehörigen Einzelunternehmen und die Erläuterung allfälliger Abweichungen bzw. Korrekturen bei den Vorjahreswerten durch die Eigentümerressorts sind für einen korrekten und aussagekräftigen Bericht unumgänglich. Wünschenswert wäre die Übermittlung einer auswertbaren elektronischen Fassung aller tabellarischen Übersichten (Aggregate sowie Einzelunternehmen), um Kontrollen und Analysen leichter durchführen zu können.

Durch den Ausweis auf Einzelunternehmensebene wurde der Bericht gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Im aktuellen Bericht wurden auch die Schlussfolgerungen des BMF erweitert. Diese sollten künftig auch Aussagen zu den aufgrund des Beteiligungs- und Finanzcontrollings getroffenen Maßnahmen enthalten und auf etwaige Risiken für den Bundeshaushalt eingehen.

Die inhaltlichen Erläuterungen der Einzelunternehmen sind insbesondere beim Beteiligungscontrolling vom Informationsgehalt her noch sehr unterschiedlich ausgestaltet. Das BMF sollte auf einheitlichere Qualitätsstandards bei weiterhin abgestufter Berichtsintensität hinwirken. Gute Aussagekraft haben z.B. die Ausführungen zur Austria Wirtschaftsservice GmbH, der Buchhaltungsagentur des Bundes, der Bundesrechenzentrum GmbH und der Akademie der bildenden Künste. Bei einigen Unternehmen wird lediglich auf „keine gravierenden Abweichungen“ verwiesen, was aber inhaltlich aufgrund von Kennzahlenänderungen nicht nachvollziehbar erscheint (z.B. Österreichische Nationalbibliothek). Der ausgewiesene Risikowert sollte bei hohen Beträgen oder deutlichen Veränderungen (z.B. in der UG 46-Finanzmarktstabilität) näher erläutert werden.